

Frauenbeitrag

Mütterrente einführen!

Noch wenige Tage vor der Bundestagswahl versicherte die CDU/CSU, werde die sogenannte Mütterrente kommen. Eine Forderung, für die sich die Frauen im Sozialverband Deutschland seit Jahren stark machen.

Bis heute bekommen Mütter für vor 1992 geborene Kinder bislang nur ein Kindererziehungsjahr in der Rente gutgeschrieben; für 1992 oder später geborene Kinder sind es hingegen drei Kindererziehungsjahre.

Diese Ungleichbehandlung der Mütter ist für die Frauen im SoVD nicht akzeptabel, denn die Rente soll ein Spiegel der gesamten Lebensleistung sein.

Zur Lebensleistung vieler Millionen Frauen in Deutschland gehört, dass sie Kinder großgezogen haben. Derzeit ist diese Leistung in der Rente nach Überzeugung der Frauen im SoVD bei Frauen, die vor 1992

Kinder geboren haben, zu gering bewertet. Daher fordern die SoVD-Frauen die Aufhebung dieser Ungleichbehandlung. So steht es im Frauenpolitischen Programm geschrieben, und für diese Forderung kämpfen wir Frauen im SoVD schon lange.

So begrüßen die Frauen im SoVD die Ankündigung der CDU/CSU, die Rentenleistungen für die Erziehung von vor 1992 geborenen Kindern zu verbessern. Mit dieser Leistungsverbesserung würde eine zentrale rentenpolitische Forderung des SoVD in Angriff genommen und umgesetzt werden. Allerdings fordern wir Frauen im SoVD gleichzeitig, dass eine Leistungsverbesserung sachgerecht sein und aus Steuermitteln finanziert werden sollte. Auch vor diesem Hintergrund sollte daher von der geplanten Absenkung des Bundeszuschusses abgesehen werden.

Eine Benachteiligung älterer Mütter kann nicht länger akzeptiert werden. Viele der betroffenen älteren Frauen haben ihre Kinder großgezogen in Zeiten, in denen es weder Kindergeld noch Erziehungsurlaub gegeben hat. Sie haben darauf verzichtet, berufstätig zu sein oder ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen, auch weil die Kinderbetreuungsangebote früher wesentlich schlechter gewesen sind. Zunächst müssen zunächst die Koalitionsverhandlungen abgewartet werden. Danach kann die Entscheidung, ob eine Mütterrente eingeführt wird, fallen.



Brigitte Marx
Frauensprecherin
SoVD-Landesverband
Baden-Württemberg

Urteile aus dem Sozialrecht

Recht auf Nachhilfe bei Hartz IV

Schüler aus Hartz-IV-Familien können eine dauerhafte Übernahme der Kosten für Nachhilfeunterricht verlangen. Das entschied jetzt das Sozialgericht Braunschweig. Es gab einem 16-Jährigen Recht, dem das Jobcenter nach einem Jahr die Englisch-Nachhilfe nicht mehr bezahlen wollte.

Zu einem menschenwürdigen Existenzminimum gehöre, dass die staatliche Grundversicherung den Bedarf eines Schulkindes auf Lernförderung hinreichend abdecke, so die Richter. Der zusätzliche Unterricht solle dem Kläger die Bildung ermöglichen, die er für seinen künftigen Berufsweg benötige (AZ.: S 17 AS 4125/12). Im konkreten Fall leidet der Schüler an einer Les- und Rechtschreibschwäche.

Eine dauerhafte Bezahlung der Nachhilfe hatte das Jobcenter abgelehnt, weil das Gesetz dies nicht vorsehe und die Versetzung des Jungen nicht gefährdet sei. Das Gericht hielt dem entgegen, dass wesentliches Lernziel auch das Erreichen eines ausreichenden Lernniveaus sei. Das Jobcenter legte gegen das Urteil Berufung ein.

Kinder aus Hartz-IV-Familien haben ein Recht auf Nachhilfe.



Foto: lassedesignen/fotolia

4. „Secretary Run“ in Berlin

Laufen für einen guten Zweck

Am 12. September fand in Berlin der bundesweit veranstaltete „Secretary Run“ statt. Auch Mitglieder des SoVD nahmen an dem Lauf teil. Das Startgeld kommt regelmäßig als Spende dem Verein Brustkrebs Deutschland zugute.

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, SPA-Vorsitzende im Landesverband Berlin-Brandenburg, eröffnete den Lauf. Fünf Kilometer ging es vom Brandenburger Tor aus durch den Tiergarten und wieder zurück. Der Veranstalter, das Arbeitsvermittlungsunternehmen Secretary Plus, stockte das Startgeld um zehn Euro auf, so dass jeder Teilnehmer 30 Euro spenden konnte. Der SoVD als Mitorganisator stellte die T-Shirts und übernahm das Startgeld seiner Mitglieder.



Foto: Herbert Schlemmer

Statt Startschuss eröffnete ein Tuchwurf den „Secretary Run“.

SoVD im Gespräch



Foto: Herbert Schlemmer

In der Geschäftsstelle des SoVD-Bundesverbandes in Berlin fand die diesjährige Arbeitstagung der SoVD-Bundesrechtsabteilung mit den Rechtsabteilungen der SoVD-Landesverbände statt. V.li.: Ralf Pless, Donald Nimsch, Anne Reche-Emden, Kai Busse, Diana Dubiel, Dirk Kortylak, Saskia Schröder, Frank-Burkhard Biester, Heike Meißner, Ralf Geckler, Marion Schneider, Simone Saible, Petra Garsky, Florian Bartels und Torsten Mehrings.

Arbeitstagung zur Beratung im Sozialrecht

Am 25. September fand in der Geschäftsstelle des SoVD-Bundesverbandes in Berlin die diesjährige Arbeitstagung der SoVD-Bundesrechtsabteilung mit den Rechtsabteilungen der SoVD-Landesverbände statt. Die Abteilungsleiterin der Bundesrechtsabteilung Anne Reche-Emden (3.v.li.) und die Referentin Diana Dubiel (5.v.li.) begrüßten 12 Kolleginnen und Kollegen aus den Landesrechtsabteilungen. Der gemeinsame Erfahrungs- und Meinungsaustausch umfasste viele aktuelle Themen aus der Sozialrechtsberatung. Alle Be-

teiligten waren mit den Ergebnissen der Arbeitstagung sehr zufrieden und betonten, wie wichtig ihnen der regelmäßige persönliche Kontakt und Gedankenaustausch mit den Kollegen sei. dd

Polizei tagt zu Gewalt in der Pflege

An einer Fachtagung „Seniorinnen und Senioren als Opfer und Täter von Gewalt“ am 9. Oktober in Berlin nahm SoVD-Referent Fabian Müller-Zetzsche für den SoVD teil. Bei der von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ausgerichteten Tagung setzte man sich mit Auswirkungen des demografischen

Wandels auf die Täter- und Opferstrukturen von Kriminalität in Deutschland auseinander. Insgesamt kam man zu dem Ergebnis, dass auch bei einem zukünftig höheren Anteil älterer Menschen an unserer Gesellschaft die Sicherheitslage für Seniorinnen und Senioren generell überdurchschnittlich gut sei. Dennoch gebe es spezielle Gefahrenzonen, vor allem in den Bereichen Eigentums- und Vermögensdelikte, Misshandlung und Vernachlässigung in der Pflege sowie (unerkannte) Tötungsdelikte.

Die Fachtagung zeigte, dass das vom SoVD vielfach diskutierte Themenfeld Pflege mehr und mehr auch an Relevanz für bisher mit dem Thema nicht vertraute Akteure, wie die Polizei, entfaltet.